

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Bernsprachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 25.

Freitag, 31. Januar 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Fasselt. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausnahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

12000 M. Haftengelder sind gegen sichere Hypothek zu 4 % Verzinsung baldigst auszuleihen.

Riesa, am 29. Januar 1896.

Der Rath der Stadt

224 A.

J. B.: Schwarzenberg, Stadtrath.

Die zur Herstellung von Aufstellungsplätzen und Wegen in zwei Barackenlagern des Truppen-Uebungspfades Zeithain erforderlichen Arbeiten, als:

Loos I: Erd- und Steinseherarbeiten im Lager für das 1. Infanterie-Regiment im Betrage von ca. 18000 M.

Loos II: Erd- und Steinseherarbeiten im Lager für das 2. Infanterie-Regiment im Betrage von ca. 14000 M.

sämtlich einschließlich Materiallieferung, sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Zeichnungen und Verdingungsunterlagen liegen im Geschäftszimmer des unterzeichneten Baubeamten, Dresden-Albertstadt, Administrationsgebäude, Flügel C 1, Zimmer 94 an Wochentagen während der Geschäftsstunden 8—4 Uhr zur Einsicht aus und sind dasselbe Verdingungsanschläge gegen Erstattung des Selbstosten von Mittwoch, den 29. bis ab zu entnehmen.

Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Herstellung von Aufstellungsplätzen und Wegen auf dem Truppen-Uebungspfad Zeithain“ Erd- und Steinseherarbeiten Loos I bez. Loos II bis

Dienstag, den 4. Februar 1896, Vormittag 11 Uhr

postfrei an die vorbezeichnete Stelle einzureichen, woselbst die Eröffnung derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter erfolgen wird.

Beschlagsfrist 4 Wochen. Die Auswahl unter den Bewerbern ist vorbehalten.

Dresden, den 27. Januar 1896.

Königlicher Garnison-Baubeamter III, Dresden.

Die Entwicklung der deutschen Schutzzgebiete.

Dem Reichstage ist über die Entwicklung der deutschen Schutzzgebiete im Jahre 1894/95 eine 147 Seiten umfassende Denkschrift zugegangen. Dieselbe unterscheidet sich von der vorjährigen dadurch, daß der wirtschaftlichen Entwicklung ein breiterer Raum als früher eingeräumt worden ist, während andererseits das im Amtlichen Kolonialblatt zerstreute statistische Material geschickter zusammengestellt worden ist. Die Berichte zeigen eine Verbesserung mancher Verhältnisse gegenüber früher. Wir entnehmen der Denkschrift die folgenden Einzelheiten:

Die Gesamtfläche des Schutzzgebietes Togo darf als überaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Handel und Wandel befinden sich in fortgesetzter aufsteigender Bewegung, und das Einvernehmen zwischen Regierung und Eingeborenen ist das deutbar beste. Unter den Handelsplätzen nehmen die beiden bedeutenden Küstenplätze Klein-Popo und Lome in Folge ihrer praktischen Entwicklung naturgemäß das Hauptinteresse in Anspruch. In Klein-Popo bestehen gegenwärtig 10 Firmen mit 14 offenen Verkaufsstellen und 16 selbständige Händler, von welchen 12 Läden unterhalten werden. In Lome befinden sich nicht weniger als 58 offene Verkaufsläden, von denen allein 36 den dafelbst bestehenden 10 Hafentreien angehören. Im Innern des Schutzzgebietes sind die Verhältnisse gleichfalls in rascher und friedlicher Entwicklung begriffen, ein Erfolg, welcher in erster Linie der Gründung der Station Rete-Kratchi zu verdanken ist.

Die Jahresausfuhr betrug im Kamerun 1894/95 6,3 Mill. Mark, 1,68 Mill. Mark mehr als im Jahre 1893/94. Die Ausfuhr, die in der Hauptroute sich aus Palmöl, Palmkerne, Gummi, Eisenstein, Ebenholz und Kakao zusammensetzt, blieb dagegen mit 4 Mill. M. um 690000 M. hinter dem Vorjahr zurück. Die Gesamtumschau beläuft sich auf 581000 M., d. i. 16000 M. höher als im Vorjahr. Die Entwicklung des Schutzzgebietes wird in dem Bericht trotz der verringerten Ausfuhr als durchaus erfreulich bezeichnet. Der Schwerpunkt liegt in der Unterwerfung der Busso und Basofos.

Die allgemeine Handelslage in Deutsch-Ostafrika im Berichtsjahr ist gegenüber dem Vorjahr keine ungünstige zu nennen, sofern man nur bei ihrer Beurteilung im Auge behält, daß für die Gestaltung des Waarenumsatzes im Jahre 1894 zwei Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind, die Heusackenplage und der niedrige Kurs des Rupee. Die Gesamtumschau betrug, das warre Geld eingeschlossen, im Jahre 1894 2,9 Mill. Dollars, 125000 Dollars mehr als 1893, die Gesamtumschau dagegen nur 1982 Dollars gegen 2017 Dollars. Der Gesamtumsatz ist um 110000 Dollars gestiegen. Die Wirkung der Heusackenplage zeigt sich hier besonders in dem starken Rückgang der Ausfuhr aller Arten von Getreide und auch in dem Minderertrag der Zuckerrohrplantagen. Andererseits hat die Ausfuhr aller derjenigen Landezeugnisse, welche von der Heusackenplage nicht berührt worden sind, einen Aufschwung genommen. Die Bekämpfung des Sklavenhandels scheint Fortschritte gemacht zu haben. Eine wirksame Unterdrückung der Sklavenausfuhr aus unserm Schutzzgebiete wird indefinit, wie die Denkschrift meint, erst dann möglich, wenn die Protektorschaft von Sansibar, England, sich entschließt, energisch gegen die Sklavenausfuhr nach Sansibar und Pemba vorzugehen. Dann werde dem Sklavenhandel das Abzöggebiet verschlossen sein und darum der Sklavenraub von selbst aufhören. Deutlich erzeigt wird unausgesetzt an der allmählichen Beseitigung der Reste der Sklaverei gearbeitet. Durch

eine Anzahl von Expeditionen in das Innere ist die Ruhe ziemlich überall hergestellt. In Folge d. h. ist auch die Plantagenkultur in einem bedeutenden Aufschwung begriffen. Im Berichtsjahr haben sich mehrere neue Unternehmen gebildet, welche besonders auf den Kafferbau gerichtet sind. U. A. hat Prinz Albrecht von Preußen Ländereien anlaufen lassen und wird demnächst Kaffeeplantagen anlegen.

In Südwestafrika ist es nach den jahrelangen Kriegswirren im letzten Jahre gelungen, sowohl zwischen Regierung und Eingeborenen, wie zwischen den Eingeborenen-Stämmen untereinander den Frieden aufrecht zu erhalten. Im Allgemeinen hat das Vertrauen der Eingeborenen zu der deutschen Regierung entschieden zugenommen. Erfreulich ist es, daß die weiße Bevölkerung seit dem letzten Berichtsjahr nicht unerheblich an Zahl gewachsen ist. Der Handel, und zwar sowohl der Im-ort, wie der Fernhandel, hat nach der Wiedereroberung Windhoek einen Umfang genommen, der die gehegten Erwartungen noch bei Weitem übertroffen hat. Auch die Besiedelung des Schutzzgebietes ist in dem Berichtsjahr trotz der ungünstigsten Verhältnisse vorwärts gegangen. Seitens der Regierung wurden 11 Farmen in der Größe von 6—10000 Hektar verkauft.

Auch über das Schutzzgebiet der Marshall-Inseln spricht sich der Bericht im Großen und Ganzen günstig aus.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Vertrauensmänner der Fraktionen, die in der vorigen Woche über die parlamentarische Behandlung des Bürgerlichen Gesetzbuches bereits einmal beraten haben, haben in ihrer zweiten Beratung auch noch seine bestimmten Beschlüsse gefasst. Es wird zunächst den Fraktionen Bericht erstattet werden. Eine neue Zusammensetzung ist für Montag in Aussicht genommen. Schon heraus geht hervor, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Über neue Marineforderungen spricht sich die „Kons. Rott.“ sehr vorsichtig aus. Sie schreibt: „Einzelne Blätter zerbrechen sich jetzt schon die Köpfe, wie die Konservativen zu dieser Frage sich stellen würden. Wir können die Befürchten in dieser Beziehung beruhigen. Bis jetzt ist die Frage einer Flottenerweiterung an unsere Partei noch in feiner Weise herangetreten, sie hat also keinerlei Ursache, sich damit zu beschäftigen. Sollten derartige Forderungen gestellt werden, so wird die konservative Partei ihren Grundsätzen gemäß gewissenhaft die Sache prüfen und nach bestem Gewissen dazu Stellung nehmen.“

Das finanzielle Ergebnis der seit dem 1. Oktober v. J. auf allen preußischen Hauptbahnen durchgeführten Bahnsteigsperrre hat bekanntlich den Erwartungen der Verwaltung seither vollständig entsprochen. Um so weniger Anlaß zur Zufriedenheit schwant aber das Publikum zu haben, wie die sich häufenden Beschwerden über die dabei hervor-tretenden Mängel und Unzuträglichkeiten beweisen. Diese fortwährenden Beschwerden haben die erneute Weisung an die Eisenbahndirektionen verursacht, den Stationsvorständen zur Pflicht zu machen, ihre Aufmerksamkeit durch den Handhabung der Bahnsteigsperrre zu wenden und selbst die Abstellung der hervortretenden Wichtlinde herbeizuführen oder eiszeitlichen Falles entsprechende Anträge bei der vorgelegten Betriebsinspektion zu stellen. Auch soll überall hauptsächlich darauf gehalten werden, daß seitens der Bahnsteigwassen und des sonst bei der Absperrung beteiligten Personals die größtmögliche Rücksicht gegen das Publikum beobachtet werde.

Zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Venezuela bringt der „Hamb. Rott.“ folgende Mittheilung unter offiziell Sperrdruck: „Wenn die neueste Note des deutschen Gesandten Graf Reutz in den Regierungskreisen von Venezuela „Unbehaglichkeiten“ verursacht, wie den „Times“ aus Caracas berichtet wird, weil man bei der fortgelebten Weigerung, die der „Großen Venezuela-Eisenbahngesellschaft“ garantierten Bindeträge nun auch wöchentlich zu zahlen, ein kräftiges Vor-gehen der Reichsregierung für möglich hält, so darf man wohl erwarten, daß man sich in Caracas besinn und diese Reklamationen der Reichsregierung ebenso berücksichtigt wie die übrigen bereits erledigten. Vor der Hand wird offiziell der Meldung des „Bureau Dalziel“ widergesprochen, daß zwei deutsche Kriegsschiffe den Auftrag hätten, zur Unterstützung des deutschen Gesandten in Caracas sich nach Puerto Cabello zu begeben. Man wird aber in Caracas daraus nicht schließen dürfen, daß die Reichsregierung sich schließlich auch bei der Nichterfüllung ihrer im Interesse der deutschen Unternehmer gefestigte Forderung beruhigen werde. Keinesfalls kann Präsident Crespo darauf rechnen, daß falls sein Verhalten in dieser Sache ein Einbrechen seitens der deutschen Regierung notwendig machen sollte, die Vereinigten Staaten sich einmischen würden, um Venezuela die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu ersparen. Die Monroe-Doktrin kann man, wenn die Lage sonst dazu angeht, wohl auf Grenzstreitigkeiten zwischen einem europäischen und einem amerikanischen Staate anwenden, insoweit es sich um Gebietsansprüche handelt. Aber selbst noch der neulich von dem Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten in Washington angenommene Resolution, die übrigens Präsident Cleveland für gefährlich und unbrauchbar erklärt hat, kann die Monroe-Doktrin nicht angerufen werden, um böswillige Schuldner gegen Reklamationen eines europäischen Staates zu schützen.“

Aus angeblich bester Quelle will der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ erfahren haben, daß der Kaiser nach Veröffentlichung seiner Drahtung an den Präsidenten Krüger aus England viele Hunderte beleidigende anonyme Briefe empfing. Anfänglich war der Kaiser entrüstet, aber er sollte später die Sache von der humoristischen Seite auf und gab schließlich Befehl, daß die Briefe aus England nicht mehr geöffnet werden sollen.

Vom Reichstag. Gestern sah man die Berathung des Staats des Reichsams des Innern fort. Abg. Wegener (jodg.) fragte, wie es mit einer Änderung der Seemannsordnung stehe, hält eine Erweiterung der staatlichen Aufsicht im Seewesen für notwendig und tritt für die Schaffung einer Reichsüberseebehörde ein. Die Schiffe einer ganzen Anzahl von Reedern, auch des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Americanischen Packetfahrt-Gesellschaft, seien ungenügend ausgerüstet. Staatsminister v. Bötticher erwiderte, daß eine Novelle zur Seemannsordnung ausgearbeitet sei und der technischen Kommission für die Schiffsfahrt zur Begutachtung vorliege. Zur Schaffung einer Reichsüberseebehörde sei neben den vielen bestehenden Behörden, wie Oberseesamt, Schiffswerftungsamt u. s. w. wohl kein Bedürfnis vorhanden. Was den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Americanische Packetfahrt-Gesellschaft betrifft, so habe er selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, wie sauber, prompt und tüchtig der Dienst dafelbst gehandhabt werde. Das festzustellen sei er den Gesellschaften schuldig. Die Abg. Jeben und Frese (freif. Ber.) nahmen die deutsche Reederei gegen die Angriffe des Abg. Wegener in Schuß und sprachen sich gegen eine Erweiterung der staatlichen Aufsichtsbesugniß aus, während der Abg. Frhr. v.